

Deutsche Wirtschaft leidet unter Energiepreiskrise – und hofft auf ein mutiges Reformpaket

Von Marcel Fratzscher

Die wirtschaftliche Erholung in Deutschland ist durch den Iran-Krieg zum Halt gekommen. Im zweiten und dritten Quartal 2026 dürfte die deutsche Wirtschaft sogar erneut in eine technische Rezession rutschen. Die private wirtschaftliche Aktivität von Unternehmen und Haushalten wird im Jahresdurchschnitt 2026 wohl sogar schrumpfen; dass die Wirtschaftsleistung insgesamt noch leicht zulegt, ist fast ausschließlich den öffentlichen Ausgaben zu verdanken. Es sind die starken öffentlichen Investitionen und der öffentliche Konsum, die die wirtschaftliche Aktivität in Deutschland stützen und einen stärkeren Anstieg der Arbeitslosigkeit verhindern. Dies sind die Kernpunkte des zentralen Szenarios der Sommerprognose des DIW Berlin. Dabei sind die Risiken deutlich nach unten gerichtet, und es ist nicht auszuschließen, dass die deutsche Wirtschaft im gesamten Jahr 2026 schrumpfen wird.

Der Iran-Krieg trifft die deutsche Wirtschaft hart. Denn Deutschland ist nach wie vor stark auf Importe fossiler Energieträger angewiesen. Zwar sind erneuerbare Energien deutlich günstiger als fossile Energien, doch Deutschland ist noch immer zu abhängig von Öl und Gas für den eigenen Energiebedarf. Vor allem die energieintensive Industrie, aber auch die Exportunternehmen sind von dem Krieg deutlich stärker betroffen und dürften in diesem und wohl auch im nächsten Jahr weiter schrumpfen und Beschäftigung abbauen.

Für das gesamte Jahr 2026 rechnen wir daher in unserer Sommerprognose nur noch mit einem Wachstum von 0,5 Prozent, für 2027 mit 0,8 Prozent – beides deutlich weniger als in unserem Szenario der Frühjahrsprognose von vor drei Monaten. Es ist vor allem der Anstieg der Energiekosten, der einen Wohlstandsverlust für Deutschland bedeutet. Die Infla-

tion könnte in diesem Jahr auf 2,9 Prozent und im nächsten Jahr auf 3,0 Prozent steigen.

Die höheren Preise kommen jedoch kaum deutschen Unternehmen zugute, sondern vor allem den Exportländern von Öl und Gas, inklusive Russland. Da Bürger*innen sowie Unternehmen in Deutschland mehr für importierte Energie ausgeben müssen, haben sie weniger Ressourcen für Investitionen und einheimischen Konsum. Konkret führt die höhere Inflation zu einer negativen Entwicklung der realen Einkommen für die meisten Beschäftigten sowie Rentner*innen in Deutschland. Mit anderen Worten: Die Preise dürften zumindest in diesem Jahr durchschnittlich stärker steigen als die Einkommen. Hinzu kommt ein Abbau von Beschäftigung und ein Anstieg der Arbeitslosigkeit, vor allem in der Industrie und in Regionen, die stark von industrieller Produktion abhängen.

Die hohe Inflation hat zudem eine starke soziale Schieflage. Es sind vor allem Menschen mit geringen Einkommen, die individuell eine viel höhere Inflation und somit einen stärkeren Wohlstandsverlust erfahren werden als Menschen mit hohem Einkommen. Der Grund dafür ist, dass Menschen mit geringen Einkommen meist einen deutlich höheren Anteil ihres Einkommens für jene Dinge ausgeben müssen, allen voran Energie und Lebensmittel, deren Preise besonders stark steigen. Wir dürften somit einen erneuten Anstieg von Armut in Deutschland erleben.

Die hohe Inflation wird zudem wohl zu einem Anstieg der Zinsen führen, da die Europäische Zentralbank gezwungen sein wird, den Leitzins zu erhöhen, um die Inflationsentwicklung abzumildern. Höhere Zinsen verteuern viele Investitionen und große Konsumausgaben, was die Abschwächung der Wirtschaft noch verstärken dürfte. Zurzeit stehen die Chancen allerdings gut, dass die Erhöhung der Zinsen

begrenzt bleibt, da die Inflationserwartungen gut verankert sind und der Anstieg der Inflation nicht so stark ist wie während des letzten Energiepreisschocks 2022 und 2023.

Dies beschreibt das zentrale Szenario in unserer Konjunkturprognose für dieses und für nächstes Jahr. Dabei sollte betont werden, dass dies eher eines der optimistischeren Szenarien ist und die Risiken über das kommende Jahr deutlich nach unten gerichtet sind. Es ist nicht unwahrscheinlich, dass die Energiepreise – anders als die Märkte es gegenwärtig einpreisen – über die nächsten Monate nicht sinken, sondern weiter steigen werden. Wie groß die Risiken sind, macht ein Negativszenario deutlich, in dem der Energiepreisschock noch deutlich größer ausfällt. Die deutsche Wirtschaft würde dann um etwas weniger als 0,5 Prozent schrumpfen. Ohne den Energiepreisschock wäre die Erholung kräftig ausgefallen. In der DIW-Konjunkturprognose vom Winter 2025 wurden noch 1,3 Prozent für dieses Jahr erwartet. Auch die Handelskonflikte mit den USA – und eine erneute Eskalation, wie vom US-Präsidenten angedroht – könnten sich erneut verschärfen und vor allem die deutsche Wirtschaft und Industrie zusätzlich schwächen.

Zudem beruht unsere zentrale Prognose auf der Annahme, dass die Bundesregierung, die Länder und Kommunen in diesem Jahr deutlich mehr Mittel aus dem Sondervermögen

für Infrastruktur und Klimaneutralität ausgeben werden und somit einen wichtigen Impuls für die Privatwirtschaft setzen können. Es ist jedoch durchaus möglich, dass die Pläne für öffentliche Investitionen hinter den Erwartungen zurückbleiben und die deutsche Wirtschaft somit nicht so stark unterstützen wie prognostiziert.

Zudem sollte die Bundesregierung dringend zielgenaue Maßnahmen umsetzen, um Menschen mit geringen Einkommen zu entlasten und das Armutsrisiko zu reduzieren. Eine gezielte Energiekostenpauschale – ähnlich wie 2022 – ist dafür das richtige Instrument. Der Tankrabatt dagegen ist teuer, nicht zielgenau, trägt nicht zu Einsparungen bei und unterstützt auch die Mineralölkonzerne. Die Bundesregierung sollte diesen Fehler nicht ein zweites Mal wiederholen und den Tankrabatt daher nicht über den 30. Juni hinaus verlängern.

Es könnte jedoch auch einen möglichen Lichtblick geben, nämlich dann, wenn die Bundesregierung ernst machen sollte mit ihrem versprochenen großen Reformpaket. Denn Wirtschaft hat viel mit Vertrauen zu tun, und das Vertrauen von Unternehmen sowie Bürger*innen in die Handlungsfähigkeit der deutschen Politik ist im Augenblick gering. Eine mutige Reform könnte das Vertrauen stärken und somit einen wichtigen Impuls für zusätzliche private Investitionen und Konsumausgaben setzen.

Marcel Fratzscher ist Präsident des DIW Berlin | mfratzscher@diw.de

© ① Der Artikel ist gemäß der Creative-Commons-Lizenz CC BY 4.0 nachnutzbar: <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>

IMPRESSUM



DIW Berlin — Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e. V.
Anton-Wilhelm-Amo-Straße 58, 10117 Berlin

www.diw.de

Telefon: +49 30 897 89-0 E-Mail: kundenservice@diw.de

93. Jahrgang 2026

Herausgeber*innen

Prof. Anna Bindler, Ph.D.; Prof. Dr. Tomaso Duso; Sabine Fiedler; Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.; Prof. Dr. Peter Haan; Prof. Dr. Claudia Kemfert;
Prof. Dr. Alexander S. Kritikos; Prof. Dr. Alexander Kriwoluzky; Prof. Karsten Neuhoff, Ph.D.; Prof. Dr. Sabine Zinn

Chefredaktion

Prof. Dr. Pio Baake; Claudia Cohnen-Beck; Sebastian Kollmann;
Kristina van Deuverden

Lektorat

Dr. Alexander Schiersch

Redaktion

Dr. Hella Engerer; Petra Jasper; Adam Mark Lederer;
Frederik Schulz-Greve; Sandra Tubik

Gestaltung

Roman Wilhelm; Stefanie Reeg; Eva Kretschmer, DIW Berlin

Umschlagmotiv

© imageBROKER / Steffen Diemer

Satz

Satz-Rechen-Zentrum Hartmann + Heenemann GmbH & Co. KG, Berlin

Der DIW Wochenbericht ist kostenfrei unter www.diw.de/wochenbericht
abrufbar. Abonnieren Sie auch unseren Wochenberichts-Newsletter unter
www.diw.de/wb-anmeldung

ISSN 1860-8787